

Die Stimmungslage im Land

Bundesland	Institut	Umfrage vom	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD
Baden-Württemberg	Infratest dimap	12.09.2018	28	11	29	7	7	15
nächster Wahltermin	Frühjahr 2021	Regierung			MP			
Bayern*	Forsa	28.01.2019	CSU 38	6	23	5	3	8
nächster Wahltermin	Herbst 2023	Regierung	MP					
Berlin	Forsa	05.02.2019	19	16	21	8	20	11
nächster Wahltermin	Herbst 2021	Regierung		RBm				
Brandenburg	pmg	10.01.2019	21	23	10	3	18	21
nächster Wahltermin	01.09.2019	Regierung		MP				
Bremen	FGW	10.09.2018	26	26	20	7	12	6
nächster Wahltermin	26.05.2019	Regierung		Bm				
Hamburg	Forsa	07.01.2019	14	30	24	9	11	7
nächster Wahltermin	Winter 2020	Regierung		1. Bm				
Hessen	Wahlergebnis	28.10.2018	27,0	19,8	19,8	7,5	6,3	13,1
nächster Wahltermin	Herbst 2023	Regierung	MP					
Mecklenburg-Vorpommern	Forsa	17.01.2019	22	22	10	4	16	18
nächster Wahltermin	Herbst 2021	Regierung		MPin				
Niedersachsen	Infratest dimap	22.11.2018	28	26	24	6	4	9
nächster Wahltermin	Herbst 2022	Regierung		MP				
Nordrhein-Westfalen	Mentefactum	25.11.2018	28	19	19	11	8	11
nächster Wahltermin	Frühjahr 2022	Regierung	MP					
Rheinlad-Pfalz	Infratest dimap	13.12.2018	31	24	16	7	4	13
nächster Wahltermin	Frühjahr 2021	Regierung		MPin				
Saarland	Infratest dimap	21.06.2018	35	26	6	4	12	15
nächster Wahltermin	Frühjahr 2022	Regierung	MP					
Sachsen	INSA	20.12.2018	29	10	9	6	18	25
nächster Wahltermin	01.09.2019	Regierung	MP					
Sachsen-Anhalt	Infratest dimap	28.08.2018	28	14	6	8	19	21
nächster Wahltermin	Frühjahr 2021	Regierung	MP					
Schleswig-Holstein	Infratest dimap	20.04.2018	34	22	18	8	6	6
nächster Wahltermin	Frühjahr 2022	Regierung	MP					
Thüringen	INSA	09.11.2018	23	12	12	6	22	22
nächster Wahltermin	27.10.2019	Regierung					MP	
Bundestag	Forsa	02.02.2019	32	15	19	9	8	12
Bundestag	INSA	05.02.2019	30	14,5	18,5	8,5	10,5	14
nächster Wahltermin	Herbst 2021	Regierung	BKIn					
Europäisches Parlament	Insa	01.02.2019	30	15	17	8	8	12
nächster Wahltermin	26.05.2019							
*Bayern: Freie Wähler 12 - Koalition mit CSU								

Quelle: wahlrecht.de

Stand: 05.02.2019

Angaben ohne Gewähr

So schaut es politisch aus in Deutschland. Die Union ist in elf von 16 Bundesländern an der Regierung beteiligt und stellt sieben Ministerpräsidenten; die SPD ist in zwölf Ländern an bzw. mit an der Macht

und stellt ebenfalls sieben Regierungschefs. Die Grünen entscheiden in neun Landesregierungen mit, in Baden-Württemberg ist der Ministerpräsident ein Grüner; in Thüringen hat auch die Linke einen Regierungschef, sie ist insgesamt in drei Landesregierungen vertreten. Und die FDP mischt in drei Regierungen mit. Das klingt nach Bunte Republik Deutschland. Während die FDP, ebenso wie die Linke in drei Landtagen derzeit nicht vertreten ist, sitzt die AfD in allen Landesparlamenten, ist aber nirgendwo an der Regierung beteiligt. Die Tabelle ist eine Momentaufnahme. In vier Bundesländern wird in diesem Jahr gewählt. Da können sich die Farben neu mischen. Aber auch nach den Wahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen wird die AfD in keiner Landesregierung vertreten sein. In Thüringen aber könnte die AfD stärkste Partei werden und den Parlamentspräsidenten stellen. Gebannt schauen alle auf den 26. Mai, wenn das Europäische Parlament neu gewählt wird, ob mit oder ohne Großbritannien. Ein Erstarken des Rechten Randes des Straßburger Parlaments könnte in Deutschland einiges ins Rutschen bringen. Auf das Ergebnis der SPD wird mit besonderer Spannung geschaut. Und bei der CDU muss sich zeigen, ob Merkels langer Abschied schon jetzt in eine für die Partei positive Richtung zeigt. Mit „Merkel muss weg“ kann die AfD nicht mehr in den Wahlkampf gehen. Dass Annegret Kramp-Karrenbauer die nächste Bundeskanzlerin wird, ist noch nicht in trockenen Tüchern. Das Merz-Lager mit den alten Männern der CDU hat sich noch nicht geschlagen gegeben.

Kommen wir nun zu Berlin. Als Trost können sich die Berliner Genossen sagen, dass es in Baden-Württemberg (11%), Bayern (letzte Umfrage nur noch 6%), Sachsen (10%), Sachsen-Anhalt (14%) und Thüringen (12%) noch schlechter aussieht. Und der Bundestrend ist identisch mit den Berliner Umfragen. Es gibt aber eben auch Brandenburg (23%), Bremen (26%), Hamburg (30%), Hessen (19,8%), Mecklenburg-Vorpommern (22%), Niedersachsen (26%), Nordrhein-Westfalen (19%), Rheinland-Pfalz (24%), Saarland (26%) und Schleswig-Holstein (22%). Eine Umfrage, in der eine Drei vorne steht, wird es so bald in Berlin nicht wieder geben.

Die SPD in Berlin hat das Problem, dass alles, was in der Koalition nicht ganz rund läuft, einzig und allein ihr angelastet wird. Michael Müller ist an allem schuld. Nicht der Linke Beliebtheitskönig Klaus Lederer oder die Grüne Lichtgestalt Ramona Pop. Von allen Seiten wird über die Verkehrspolitik gemeckert, für die seit zwei Jahren die Grünen zuständig sind. Das hat keine Auswirkungen. Ganz im Gegenteil. Die Werte der Grünen sind gut und der Ärger wird bei der SPD abgeladen. Für den Wohnungsbau ist Die Linke zuständig. Sich in einem Fünf-Jahres-Plan um acht Prozent verschätzt zu haben, ist eigentlich keine Katastrophe. 30.000 Wohnungen wären schön gewesen, 25.000 sind doch auch nicht ohne. Keine Fehleinschätzung wird verziehen. Und Schuld sind immer die Sozis. **In der neuesten Umfrage von Forsa der Berliner Zeitung von heute legt Die Linke sogar zwei Punkte auf 20 zu, während die Grünen zwei verlieren, von 23 auf 21. Die CDU gewinnt zwei Punkte von 17 auf 19, während die AfD zwei verliert, von 13 auf elf. Die FDP legt einen Punkt zu, von sieben auf acht. Und auch die SPD legt seit der letzten Umfrage von Anfang Januar einen Punkt zu, von 15 auf 16.**

Gibt es einen Ausweg für die SPD aus dem Tal der Tränen? Keinen realistischen. Also durchhalten bis zum Herbst 2021 und auf Besserung hoffen. Darauf, dass der BER fertig wird, denn dann sähe die Welt für die SPD schon ein wenig besser aus. Die Alternative, die der FDP-Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja im September 2018 in paperpress angeboten hat, ist bislang bei der SPD auf taube Ohren gestoßen. Czaja rechnete vor, dass auch eine Koalition zwischen SPD, CDU und FDP möglich wäre. Man hätte in diesem Falle zwar nur eine Stimme Mehrheit im Parlament, dafür, dass das funktionieren kann, gibt es viele Beispiele. Zweieinhalb Jahre hat sich die Koalition mit den Grünen und der Linken für die SPD nicht ausgezahlt, da könnte man doch etwas Neues ausprobieren. Denn, so manches Spiel wurde schon in der zweiten Halbzeit gewonnen. Seinerzeit hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger dem Czaja-Vorschlag in paperpress eine Abfuhr erteilt. Er wäre für Neuwahlen. Ja, liebe CDU. Durch Neuwahlen kommt ihr mit euren 19 Prozent in absehbarer Zeit nicht an die Regierung. Besser jetzt mitregieren, als später gar nicht.

Ed Koch